

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
10 / 2008

Politischer Bericht aus Brüssel

**„Der Weg für einen Neuanfang der Beziehungen
zwischen der EU und Moskau ist endlich frei“**

27. Mai 2007

Markus Russ
Leiter der Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Weg für einen Neuanfang der Beziehungen zwischen der EU und Moskau ist endlich frei.

Nach anderthalbjährigem Tauziehen mit Polen und Litauen haben die EU-Staaten gestern den Startschuss gegeben für Verhandlungen über ein Partnerschaftsabkommen mit Moskau. Der Vertrag soll sämtliche Bereiche der Zusammenarbeit regeln. Die EU will den Kreml darin vor allem zu mehr Zuverlässigkeit bei Energielieferungen verpflichten und sich gegen Stopps wie vor gut zwei Jahren absichern. Damals drosselte Russland im Gasstreit mit der Ukraine die Gas - Zufuhr, was auch zu Engpässen in Westeuropa führte.

Die EU bezieht rund ein Viertel ihres Erdöls und Erdgases von Moskau, Deutschland sogar gut ein Drittel. Ob Russland sich auf Liefer-Garantien einlässt, ist offen. Denn die Ratifizierung der Internationalen Energie-Charta, die ähnliche Verpflichtungen enthält, hat der Kreml bislang immer abgelehnt. Sicher ist: Im Gegenzug wird der Kreml auf eine Öffnung des europäischen Marktes für Gazprom dringen, ein Unternehmen, das sich unter anderem für regionale Energieversorger in Deutschland interessiert. Die EU sieht in dem Staatskonzern aber einen unerwünschten Investor. Daneben wollen Brüssel und Moskau ihre Beziehungen in Schlüsselbereichen vom Handel über den Klimaschutz bis zum Tourismus intensivieren. Europa möchte sich so gegen die zunehmende Konkurrenz aus China in Stellung bringen.

Die Verhandlungen sollen zum EU-Russland-Gipfel am 26. und 27. Juni in Sibirien beginnen, an dem erstmals der neue Kreml-Chef Dmitri Medwedew teilnehmen wird. Diplomaten rechnen damit, dass der neue Vertrag frühestens in zwei Jahren wirksam wird. Voraussetzung ist die Ratifizierung durch alle 27 Mitgliedsstaaten. Das könnte für Probleme sorgen. In ihrer Haltung zu Russland sind die EU-Länder gespalten. Während die westlichen Hauptstädte eine gute Zusammenarbeit mit Moskau anstreben, drängen die neuen osteuropäischen Mitglieder auf eine harte Haltung gegenüber Russland, aus dessen Einflussbereich sie sich erst vor knapp zwei Jahrzehnten gelöst haben. Außerdem wehren sich Polen und die Baltenstaaten gegen die Ostseepipeline, mit der ab 2010 russisches Erdgas direkt nach Deutschland fließen soll.

Die geplante Neufassung des noch von 1997 stammenden Partnerschaftsabkommens liegt seit Herbst 2006 auf Eis. Damals hatte Warschau im Streit um ein russisches Importverbot für polnisches Fleisch sein Veto eingelegt. Als der Konflikt im Frühjahr beigelegt wurde, blockierte Litauen den Startschuss für die Gespräche. Die einstige Sowjetrepublik bestand darauf, dass die EU in den Verhandlungen die Konflikte Russlands mit Georgien und Moldawien ebenso anspricht wie den Stopp der russischen Öllieferungen durch die Druschba-Pipeline an die einzige Raffinerie Litauens. Moskau hatte den Ölhahn vor rund zwei Jahren zugedreht – angeblich wegen eines Leitungs-Defektes. In Litauen wird aber ein Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch Moskaus gesehen, eine litauische Raffinerie zu übernehmen. Nun sollen beide Probleme thematisiert werden. Ihre Lösung wird aber nicht zur Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen gemacht. Letztere sind ohnehin zusätzlich durch einen neuen Vorstoß Polens und Schwedens erschwert: Beide warben gestern für eine engere Kooperation der EU mit den östlichen Nachbarstaaten Ukraine, Weißrussland, Georgien, Armenien und Moldawien. Das Problem: Russland dürfte dies kaum gefallen, zählt es diese doch zu seinem originären Einflussbereich.

Europa braucht Russland als strategischen Partner. Nicht nur, weil es rund ein Viertel seines Bedarfs an Öl und Gas von dort bezieht. Sondern auch, weil das Land zu den wichtigen "Playern" in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts gehört. Russland ist ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat. Ohne den Kreml kann der Atomstreit mit Iran ebenso wenig gelöst werden wie die Krise im Nahen Osten oder in Afghanistan. Deshalb liegt es im Interesse der gesamten EU-Staaten, Moskau einzubinden und gemeinsame Interessen zu suchen. Das hat nichts mit Anbiederung und Appeasement zu tun, sondern mit Realpolitik. Asien und die USA haben das schon lange begriffen. Die EU leistete sich hingegen 18 Monate Blockade bei ihrem wichtigsten außenpolitischen Vorhaben, dem neuen Kooperationsvertrag mit dem Kreml. Der Grund: Erst ein Veto Polens dann eins von Litauen – aus nationalen Gründen. So verständlich die historisch begründete Skepsis der Osteuropäer gegenüber Moskau auch ist. Sie können nicht die Solidarität der EU in der Auseinandersetzung mit Russland einfordern, ihr gleichzeitig aber das wichtigste Instrument für diese Hilfe – das neue Grundsatz-Abkommen – verweigern. Nur gemeinsam ist Europa stark genug, dem Kreml Zugeständnisse wie Liefer-Garantien bei Öl und Gas abzutrotzen. Warschau und Vilnius haben dies nach langem Tauziehen eingesehen. Zu ihrem eigenen Vorteil – und zum Wohle der gesamten EU.